

**Zeitschrift:** Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin  
**Band:** 107 (1981)  
**Heft:** 42

**Rubrik:** Blick in die Schweiz : Betriebskosten der "Autonomie"?

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 28.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**



# Blick in die Schweiz

Bruno Knobel

## Betriebskosten der «Autonomie»?

Ein Rückblick auf die Jugendkrawalle in der Schweiz lässt erkennen, dass der journalistische Grundsatz, Nachricht von Kommentar sauberlich zu trennen, auch sein Gutes haben kann. Indem man sich auf die Wiedergabe nur von Nachrichten beschränkt, ist man ausser Gefahr, sich kommentierend in die Nesseln zu setzen. Die Jugendkrawalle haben zwar sehr rasch und hochintelligente Deutungen erfahren, und dieses Deuten dauert unvermindert an. Die Deuter sind zu beneiden um ihre Sicherheit, mit der sie wissen, wo der Hase ganz bestimmt im Pfeffer liegt. Sie werden beneidet zumal von jenen Hilflosen, denen es oft einfach nicht mehr gelingen will, einzelne Nachrichten fugenlos jenen Kommentaren einzupassen. Und so mag denn für einmal der Versuch gewagt werden, statt ebenfalls einen Kommentar geben zu wollen über die Zürcher Krawalle, nur eine Anzahl von Nachrichten darüber aneinanderzureihen und Fragen offenzulassen – Fragen, wie etwa die, wo denn da die Konsequenz des Handelns und Verhaltens liege.

«Ueber den Wolken muss die Freiheit wohl grenzenlos sein»  
oder Sowohl-als-auch

Einer der jüngsten Kommentare ist «Die Angst der Mächtigen vor der Autonomie», ein

Buch, geschrieben von jenem Jürg Meier, der Vorstandsmitglied einer bekannten kirchlichen Begegnungsstätte ist. Zur Ordnungsfunktion der in «provokativer Montur» auftretenden Polizei meint er in seiner Selbstdarstellung der «Bewegung»: «Wer so mit Bedürfnissen Benachteiligter (Demonstranten) umgeht, handelt sich – zu Recht – Pflastersteine ein.» Der Autor betont, das Buch enthalte keine Distanzierung von der Gewalt. Solidarität dürfe weder den Steinerwerfer noch den Bombenleger ausschliessen ...

Das ist die Freiheit, sich solidarisieren zu dürfen mit wem man will!

«Das Demonstrationsrecht ist ein verfassungsmässig garantiertes Freiheitsrecht, das allerdings nicht uneingeschränkt gilt. Sein Missbrauch ist selbstverständlich nicht geschützt. Seine Ausübung muss für die übrigen Bevölkerungsteile tragbar sein. Es ist deshalb wohl zulässig, dass die Polizei die Einholung einer Bewilligung verlangt. Damit soll sie in die Lage versetzt werden, den Verkehr zu regeln, die öffentlichen Dienste zu gewährleisten und den unfallfreien Verlauf zu sichern», verlautbarte die SP der Stadt Zürich.

Andererseits: Die nicht so völlig unverständliche gelegentliche Zurückhaltung der Zürcher Polizei, Demos zu bewilligen (wenn die Veranstalter den friedlichen Ablauf einer Demo nicht mehr ga-

rantieren können), war für dieselbe SP Zürich Anlass zur Feststellung, mit einem Demonstrationsverbot treffe man gerade jene Organisationen, die sich an Gesetze halten wollten; wer dies leugne, verhindere die freie Meinungsäusserung und müsse sich nicht wundern, wenn solche Minderheiten zu illegalen Mitteln Zuflucht suchten.

Gemäss kantonalem Gemeindegesetz haben die Exekutivbehörden der Gemeinden für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung und für die Sicherheit von Personen und Eigentum gegen Schädigung und Gefahren jeder Art zu sorgen. Dem dienen denn auch polizeiliche Kontrollen.

Andererseits: Nach vorsorglichen Personenkontrollen (die Gewaltakten einzelner vorbeugen können) beschuldigte der Zürcher SP-Sekretär die Behörden, «wieder in den alten Trott zurückzufallen und bei jeder Gelegenheit mit Polizeieinsätzen zu reagieren».

Zwar verlautbart auch die SP: «Wenn einzelne eine Demonstration zu Gewaltakten missbrauchen, darf dies nicht zum Verbot einer Demo, sondern muss zur allfälligen Bestrafung der Täter führen.» Aber die Delegiertenversammlung derselben Partei erneuerte in einem Beschluss ihre «Forderung nach Einstellung aller Strafverfahren im Bereiche der Unruhen ...».

### Gurkensalat als Geldgeber oder Geld stinkt nicht

Ergebnis einer der erwähnten Personenkontrollen (Anfang Juli) im «autonomen» AJZ: 115 Personen wurden zur näheren Ueberprüfung vorübergehend festgenommen, darunter 61 Ausländer. Darnach wurden von ihnen

verhaftet: 11 Drogenhändler, 21 polizeilich gesuchte Personen, davon 12 Straftäter sowie 9 aus Heimen entwichene Zöglinge und entlaufene Kinder. Sichergestellt wurden Heroin und Haschisch. Und beschlagnahmt wurde eine Anzahl gestohlener Fahrzeuge. Diese Kontrolle wurde quittiert mit Ausschreitungen grösseren Ausmasses, denn es war ja wieder ein Rückfall in den «alten Trott» von Polizeieinsätzen gewesen.

Die zuständige Behörde stellt eine erhebliche Zunahme der Kriminalfälle (Raubüberfälle) in jenem Stadtkreis fest, in dem sich das «autonome» AJZ befindet (und seit dieses dort besteht).

Auch die von den beweglichen Unruhigen so arg gebeutelte Stadt Zürich muss sparen. Die Wirtschaft Zürichs, welche zu jenen Steuererträgen beiträgt, mit welchen die Behebung der Krwallschäden und AJZ-Experimente finanziert werden, umfasst auch einen Bereich, der zudem durch die Krawallanten (auch aus andern Kantonen und aus dem Ausland) direkt und gewaltsam geschädigt wurde. Jüngst wurde bekannt, in Zürich stagnierten die Steuererträge juristischer Personen.

Nach Angaben des Zürcher Volkswirtschaftsdirektors (Ende August) haben die wirtschaftlichen Folgen der Zürcher Krawalle 10 Millionen Franken erreicht. Dazu kommen Schadenersatzansprüche von Gewerbetreibenden in der Höhe von 2,5 Millionen Franken. Ein Verband von Versicherungsgesellschaften bezifferte die ausgerichteten Versicherungsleistungen (direkte Schäden infolge von Ausschreitungen) auf 1,6 Millionen Franken und für Schäden aus Brandstiftungen auf 4 Millionen Franken. Die Umsatzeinbussen wegen Störungen und Betriebsunterbrü-



chen von Geschäften lägen zwischen 20 und 100 Millionen Franken...

Andererseits: Gemäss Budget 1982 des AJZ liegt ein ungedeckter Finanzbedarf von mehr als 2,3 Millionen Franken vor. 870 000 Franken will die Trägerschaft (in erster Linie Kirchen) aufbringen; 1,5 Millionen darf die Stadt berappen. In beiden Fällen geht es um Steuergelder, wobei der Steuerzahler allerdings im einzelnen nicht autonom entscheiden kann, ob er die Autonomie des AJZ auch berappen will.

### Mangelndes Wohlwollen oder Herberge für Ausländer

An einer jüngsten Personenkontrolle im AJZ wurden 140 Personen kontrolliert. 96 von ihnen (darunter 50 Ausländer), die sich nicht rechtsgenügend ausweisen konnten oder die polizeilich gesucht wurden, mussten näher überprüft werden.

Von diesen 96 Leuten waren nur 15 in der Stadt Zürich, 9 im Kanton Zürich und 16 in anderen Kantonen wohnhaft. 56 wohnen im Ausland oder haben in der Schweiz keinen festen Wohnsitz.

Eine Zeitung fragte: «Das AJZ eine Herberge für Ausländer?» Steuerzahler fragen sich das auch.

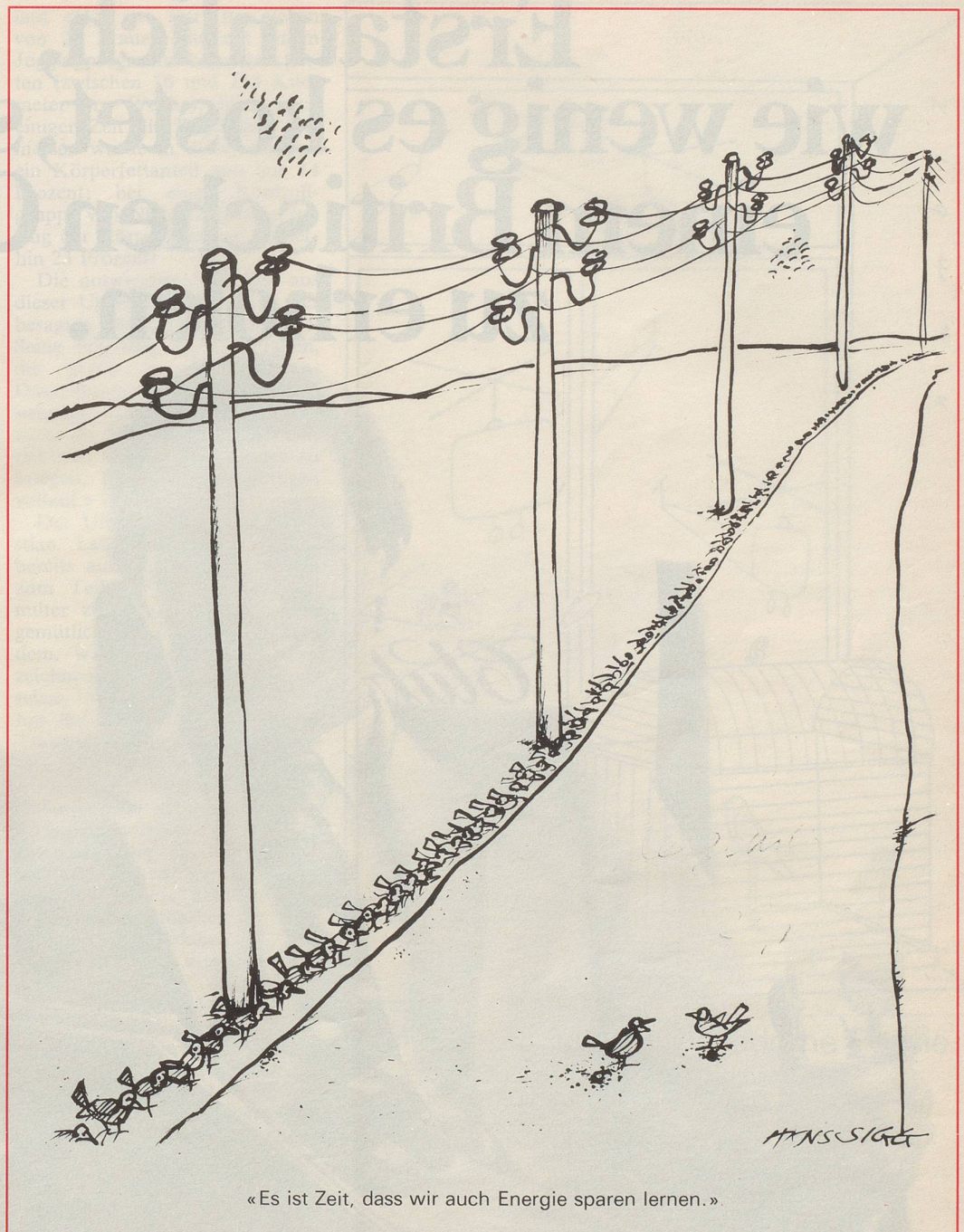
Nebenbei: von den näher kontrollierten 93 Personen waren 12 jünger als sechzehnjährig, 9 zwischen sechzehn- und achtzehnjährig, einer war zwölfjährig und 75 über achtzehn...

Im übrigen ist der Statistik zu entnehmen, dass es in Zürich 55 000 Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren gibt, von denen – wie gesagt – jüngst 15 Anlass zur näheren Überprüfung gaben.

Mit einem leicht vorwurfsvollen Unterton gab die «Trägerschaft AJZ» neulich bekannt, das Verhältnis zwischen AJZ und Öffentlichkeit sei belastet. Die Trägerschaft vermisse in der Öffentlichkeit einen breiten Rückhalt, Wohlwollen und Unterstützung...

### Die Angst der Mächtigen oder Die Verwirrung der Machtlosen

Die genannten Angaben über die Höhe der Krawallschäden waren von einem Kantonsrat in Form einer Interpellation gefordert worden. Im Kantonsrat wurden dann diese Angaben diskutiert, wobei F (SP) die Ausführungen des Interpellanten als «verlogen» bezeichnete. B (POCH) nannte Interpellation und Antwort ein «politisches Getöse» und verglich die Krawall-



«Es ist Zeit, dass wir auch Energie sparen lernen.»

schäden mit den Schäden des Privatverkehrs. Die Auffassung eines Ratsmitgliedes (FDP), die Unruhen seien fremdgesteuert, das Werk verbrecherischer Kreise, wofür nicht die Jugendlichen die Verantwortung trügen, wurde von S (SP) als «holzschnittartiges Weltbild» bezeichnet, eine Vokabel, die P (FDP) eine «verdammte Unverschämtheit» nannte, was S (SP) seinerseits veranlasste, P zu empfehlen, mehr zu denken und «weniger emotionell zu rülpsen»...

Wer spätestens hier noch immer nicht in der Lage ist, sich selber einen Kommentar auf diese Nachrichten zu reimen, der möge sich damit trösten, dass sogar die Mitglieder des Zürcher Kantonsrates offenbar Mühe ha-

ben, sich einen Reim zu bilden. Denn in den kantonsrätlichen Kommentaren zur regierungsrätlichen Interpellationsantwort bewegten sich die Äusserungen substanziell ebenso auf dem Niveau der Ratlosigkeit, wie sie in der Form verbalen Gurkensalates dem Jargon der Krawallanten und ihren Spraybotschaften verblüffend nahe kamen. Prägendes Vorbild der Sprache? Ratlosigkeit eines Rates? Oder – um mit Jürg Meier zu fragen – «Angst der Mächtigen vor der Autonomie»?

In einem Kommentar käme man wohl nicht darum herum, Überlegungen auch darüber anzustellen, ob es tatsächlich *Angst* und ob es *nur Angst der Mächtigen* ist. Oder ob es da nicht

viel mehr um Verwirrung mancher geht; oder um viele, die auch nicht autonom sein können und genug davon haben, für die Autonomie demonstrierter Art auch noch zahlen und ihre wohlwollende Unterstützung bekunden zu müssen; oder um Ratlosigkeit, die bisher auch nicht behoben werden konnte durch die vielen gutgemeinten und gescheiterten Kommentare.

Reklame

## bravo Trybol

Natur statt Chemie, das ist sympathisch.